

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dorothee Menzner, Eva Bulling-Schröter, Ralph Lenkert, Sabine Stüber, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Sicherheit des Atomkraftwerks Grohnde

Während des Baus des Atomkraftwerks (AKW) Grohnde gab es Bedenken, die die Sicherheit des Sicherheitsbehälters des Kraftwerks betreffen. So hat unter anderem die Gruppe Ökologie (GÖK) – Institut für ökologische Forschung und Bildung in Hannover e. V. infrage gestellt, dass der Bau des Sicherheitsbehälters und der Rohrleitungen des primären Kühlkreislaufs nach Stand von Wissenschaft und Technik durchgeführt wird und bemängelte dabei u. a. die Verwendung der eingesetzte Stahlsorte Wst E 51, die laut Aussage der GÖK für den Bau von Atomkraftwerken nicht geeignet sei (vgl. Deister- und Weserzeitung vom 6. Februar 1981; Neue Presse Hannover vom 6. Februar 1981; taz vom 8. Juni 1982). Weiter äußerte sich im „DER SPIEGEL“ ein Jahrzehnt später ein Arbeiter, der beim Bau des AKW Grohnde mitgewirkt hat, kritisch über den Bau des Sicherheitsbehälters des AKW Grohnde (vgl. DER SPIEGEL 7/93) und hat starke Zweifel an der Korrektheit der Verschweißungen am Sicherheitsbehälter aufkommen lassen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Risiken sieht die Bundesregierung durch die Verwendung von Stahl 22NiMoCr37 am Reaktordruckbehälter des AKW Grohnde, der laut eines Vermerks des Bundesministeriums des Innern vom 16. Dezember 1975 besonders zu Unterplattierungs- und Nebennahtrissen neigt und besonders gut verarbeitet und kontrolliert werden muss?
2. Welche Stahlsorten (22NiMoCr37, 20MnMoNi55 etc.) wurden für den Bau der Reaktordruckbehälter der anderen Atomkraftwerke in Deutschland verwendet (bitte nach Möglichkeit einzeln auflisten)?
3. Welche Stahlsorten (Wst E 51, 20MnMoNi55 etc.) wurden für die Sicherheitsbehälter der sich noch im Betrieb befindlichen AKW in Deutschland verwendet?
4. Sind der Bundesregierung die Aussagen eines Mitarbeiters der Firma F. H. Gottfeld Gesellschaft für zerstörungsfreie Werkstoffprüfung mbH, der am AKW Grohnde gearbeitet hatte, bekannt, der gegenüber dem „DER SPIEGEL“ (DER SPIEGEL 7/93) über die Schweißarbeiten während der Bauzeit aussagte, es sei von Kraftwerksbauern zum Teil „direkter Druck ausgeübt worden, Ergebnisse zu fälschen“, und dass „Fotos in verschiedener Weise verfälscht wurden“, und dass Schweißer oft „flusig gearbeitet“ und mitunter sogar angetrunken am Gerät gestanden hätten?

Wenn ja, ist die Bundesregierung diesen Vorwürfen nachgegangen, mit welchen Ergebnissen, und welche Konsequenzen wurden gezogen?

5. Welche Gefahren sieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang vom Deckel eines Reaktordruckbehälters ausgehen, der wie im Falle des AKW Grohnde nur halb so dick ist, wie zuvor gegenüber dem TÜV behauptet (vgl. Deister- und Weserzeitung vom 6. Februar 1982)?
6. Mit welchen Rissprüfverfahren wurden die Schweißnähte am Reaktordruckbehälter nach dem Herstellen der Schweißnaht geprüft, und fand eine Mehrfachprüfung jeder Schweißnaht statt?
7. Welche Qualifikationsnachweise und Gesundheitsanforderungen waren zum Bauzeitraum für die Schweißer und Prüfer von Schweißnähten erforderlich, und liegen der Bundesregierung oder den zuständigen Behörden die Qualifikations- und Gesundheitszeugnisse des eingesetzten Personals vor?
8. Falls der Bundesregierung oder den zuständigen Behörden keine Qualifikations- und Gesundheitszeugnisse des zum Bau eingesetzten Personals vorliegen, wie wurde dann eine ordnungsgemäße Durchführung der Arbeiten gewährleistet, und kann noch heute davon ausgegangen werden?
9. Wie oft wird der Reaktordruckbehälter des AKW Grohnde auf Risse hin kontrolliert, welche Prüfverfahren werden dazu angewandt, und wie würde sich der Befund eines Risses in der Auswertung der Prüfung manifestieren?
10. Welche Strahlendosis erhält ein Arbeiter bei der Überprüfung des Reaktordruckbehälters im AKW Grohnde durchschnittlich (Angabe bitte in Millisievert – mSv – oder einer adäquaten Einheit)?
11. Wie oft werden die Komponenten des Primärkreislaufs des AKW Grohnde auf Risse hin untersucht, welche Prüfmethoden werden angewandt und wie würde sich der Befund eines Risses in den Auswertungen manifestieren?
12. Welche Komponenten des Primärkühlkreislaufs des AKW Grohnde können wegen Unzugänglichkeit nicht überprüft werden?
13. Wie beurteilt die Bundesregierung die Sicherheit des Sicherheitsbehälters des AKW Grohnde im Hinblick auf den Umstand, dass dieser aus dem Feinkornstahl Wst E 51 gefertigt wurde, der entgegen des Weisungsbeschlusses Nr. 18 der TÜV-Leitstelle vom Juli 1977 mit 510 N/mm² eine höhere Festigkeit hat als die vom TÜV noch erlaubten 350 N/mm² und damit zu spröde sein sowie zu spontanen Rissen neigen könnte (vgl. die tageszeitung vom 8. Juni 1982)?
14. Ist es richtig, dass bei einem Drucktest des Sicherheitsbehälters des AKW Grohnde im Juli 1982 der Prüfdruck über einen Zeitraum von 62 Stunden aufgebaut wurde (vgl. Leserforum Deister- und Weserzeitung vom 15. Oktober 1982), und wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung die Aussagefähigkeit dieses Drucktests für einen Havarie- oder Unfall, bei dem sich dieser Druck erheblich schneller aufbauen würde, und wie begründet die Bundesregierung ihre Bewertung?
15. Wie beurteilt die Bundesregierung einen Antrag der Kraftwerksbetreiberin E.ON Kernkraft GmbH auf Genehmigung der Erhöhung der thermischen Leistung des AKW Grohnde auf 4 000 MWth angesichts der in der Vergangenheit geäußerten Bedenken zur Sicherheit des Sicherheitsbehälters und angesichts der Tatsache, dass ein entsprechender Antrag für das baugleiche AKW Grafenrheinfeld im Jahr 2004 abgelehnt wurde und diesbezüglich geforderte Sicherheitsnachweise noch immer ausstehen?

16. Sind der Bundesregierung Einzelheiten bekannt, inwiefern die Kraftwerksbetreiberin E.ON Kernkraft GmbH Vorbereitungen zur Erhöhung der thermischen Leistung des AKW Grohnde getroffen hat, obwohl die Genehmigung zur Leistungserhöhung noch aussteht (vgl. die tageszeitung vom 30. März 2011), und gab bzw. gibt es diesbezügliche Korrespondenzen zwischen E.ON Kernkraft GmbH und der Bundesregierung, und wenn ja, welche?

Berlin, den 24. November 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

